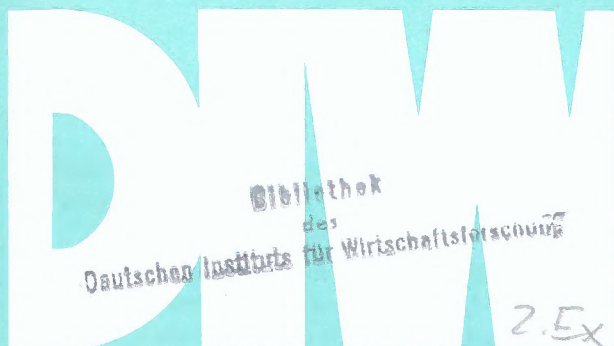




Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Bundesrepublik Deutschland	269
Konjunkturaufschwung ungebrochen	278
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 20/90

Berlin

17. Mai 1990

57. Jahrgang

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Bundesrepublik Deutschland

Ergebnisse einer ökonometrischen Simulationsanalyse

In einem Szenario zur mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in der DDR hat das DIW jüngst die notwendigen Reformschritte skizziert und ihre ökonomischen Auswirkungen quantifiziert¹. Ein zentraler Punkt war die Einführung des Steuer- und Abgabensystems der Bundesrepublik in der DDR. Damit wären erhebliche Kostenentlastungen für die DDR-Unternehmen und eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verbunden. Der Staatshaushalt hätte aber zunächst nicht genügend Einnahmen zur Finanzierung der notwendigen Staatsaufgaben zur Verfügung. Nach einer Übergangsphase wird immerhin noch mit einer Finanzierungslücke von jährlich über 50 Mrd. DM gerechnet, die von den öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik gefüllt werden müßte. Auf das Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik kommen aber mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion — im folgenden kurz Währungsunion — nicht nur Belastungen zu, sondern es werden auch Wachstumsimpulse ausgelöst. Im folgenden Bericht wird versucht, die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Währungsunion für die Bundesrepublik Deutschland zu quantifizieren.

Von der Währungsunion mit der DDR werden in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar insbesondere die öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherung), die Exporte von Investitions- und Konsumgütern in die DDR, das durch Übersiedler erhöhte Angebot an Arbeitskräften in der Bundesrepublik sowie die Geld-, Kapital- und Devisenmärkte betroffen. Die gesamtwirtschaftlichen Effekte in der Bundesrepublik werden mit Hilfe der DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute ermittelt. Dieses Modell erfaßt für die Bundesrepublik die güterwirtschaftlichen und monetären Verflechtungen zwischen den privaten Haushalten und Unternehmen, dem Staat und dem Ausland.

Ausgangspunkt der Berechnung ist eine Status quo-Simulation für einen Zeitraum von drei Jahren, in der die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ohne

die möglichen Auswirkungen der Öffnung der DDR-Grenzen beschrieben wird. In einer Alternativsimulation werden die Effekte einer Währungsunion geschätzt. Dazu mußten verschiedene Annahmen getroffen werden; sie sind in Tabelle 2 dargestellt.

Öffentliche Haushalte

Die öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik haben sich in den letzten Jahren sehr günstig entwickelt. Es war vor allem der Konjunkturaufschwung, der zu einem kräftigen Abbau der Haushaltsdefizite geführt hatte; auch Verbrauchssteuererhöhungen sowie die Gesundheitsreform

¹ Vgl.: Quantitative Aspekte einer Reform von Wirtschaft und Finanzen in der DDR. Bearb.: Arbeitsgruppe DDR im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/1990.

trugen dazu bei. Während die Haushalte der Gebietskörperschaften 1989 mit einem Fehlbetrag von 11 Mrd. DM — in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) — abschlossen, erzielten die Sozialversicherungsträger einen Überschuß von 15 Mrd. DM.

Auch für die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik wurde eine Status quo-Projektion angefertigt, die beschreibt, wie sich die öffentlichen Finanzen in der Bundesrepublik ohne die Währungsunion entwickelt hätten. In Einklang mit der mittelfristigen Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die von der Bundesregierung vor Jahresfrist vorgelegt wurde, ist eine Fortsetzung des Wachstumsprozesses unterstellt worden². Der nominale Anstieg des Brutto sozialprodukts wird mit reichlich 5 vH pro Jahr veranschlagt, in realer Rechnung ergibt sich ein jährliches Wachstum von 2,5 vH.

Die Entwicklung des Steueraufkommens wird auch nach der Reform 1990 von der Progression des Einkommensteuertarifs geprägt, d.h. das Lohnsteueraufkommen wird trotz der Tarifsenkung fast doppelt so rasch wie die Lohnsumme zunehmen. Für die Gewinnsteuern wird ein weitgehend proportionaler Verlauf zur Gesamtwirtschaft unterstellt. Auch die Steuern vom Umsatz werden parallel zum nominalen Anstieg des Sozialprodukts expandieren, während die speziellen Verbrauchsteuern, die sich überwiegend an Mengen orientieren, schwächer zunehmen werden. Insgesamt werden die Einnahmen der Gebietskörperschaften bei diesen Annahmen mit knapp 6 vH pro Jahr etwas stärker als das Sozialprodukt steigen. Für die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden errechnet sich ein Zuwachs von 5 vH im Jahresdurchschnitt. Statt eines finanzpolitischen Sparkurses wurde unterstellt, daß Erhaltung, Modernisierung sowie Ausbau der personellen und materiellen Infrastruktur in den kommenden Jahren erhebliche Aufwendungen erfordern. Im Prinzip deckt dieses Szenario die „potentialorientierte“ Variante staatlichen Handelns ab.

Unter den skizzierten Annahmen würde sich das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften fast halbieren, am Ende der Projektionsperiode stünden nur noch annähernd 20 Mrd. DM zu Buche. Eine Unternehmenssteuerreform mit dem angekündigten Entlastungsvolumen von 25 Mrd. DM würde das Defizit allerdings merklich vergrößern, auch wenn sich — über höheres Wachstum und vermehrte Steuereinnahmen — ein Teil dieser Entlastung „selbst“ finanzieren würde. Für die Sozialversicherungen wurde unterstellt, daß die Einnahmen etwas schwächer als die Ausgaben steigen, weil die Krankenkassen ihre Beitragssätze senken, die Ausgaben aber wieder stärker als zuletzt — 1989 dämpfte die Gesundheitsreform den Ausgabenanstieg — zunehmen dürften. In den kommenden Jahren werden deshalb die Überschüsse der Sozialversicherung wohl wieder etwas kleiner. Das gesamte Staatsdefizit könnte weiter reduziert werden, es betrüge am Ende der Projektionsperiode nur noch 10 Mrd. DM (1990: 19 Mrd. DM). Unter Berücksichtigung der ge-

planten Unternehmenssteuerreform und ihrer Wirkungen errechnet sich am Ende der Projektionsperiode eine Größenordnung von 30 Mrd. DM (vgl. Tab. 1).

Aus der Währungsunion mit der DDR werden der Bundesrepublik in den ersten Jahren erhebliche finanzielle Lasten erwachsen, die von den öffentlichen Haushalten getragen werden müssen. Das DIW hat jüngst einen Finanzbedarf von mindestens 50 Mrd. DM pro Jahr errechnet, der großenteils dem Ausbau und der Modernisierung der Infrastruktureinrichtungen in der DDR dient³. Diese Größenordnung wird auf mittlere Frist, d.h. nach einer Phase des Übergangs, für wahrscheinlich gehalten; auf kurze Frist kann das Defizit im Staatshaushalt der DDR durchaus höher ausfallen. Ob und in welchem Umfang die Steuern in der Bundesrepublik erhöht werden müßten, hängt vor allem davon ab, ob der Konjunkturaufschwung anhält, ob auf Steuerentlastungen (Unternehmenssteuerreform) weitgehend verzichtet wird und schließlich davon, ob Ausgaben eingespart und/oder umgeschichtet werden können.

Für die Simulation der Auswirkungen der Währungsunion auf die öffentlichen Haushalte wurde davon ausgegangen, daß die Unternehmen lediglich bei den ertragsunabhängigen Steuern entlastet werden. Hier sind die deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich benachteiligt; ansonsten besteht kaum Entlastungsbedarf. Weiter wurde angenommen, daß die finanzpolitischen Entscheidungsträger bemüht sein werden, Ausgaben einzusparen. Sparpotentiale gibt es vor allem im Militärhaushalt und bei den Subventionen. Für die Simulation werden Einsparungen unterstellt, die von zunächst 2 Mrd. auf 10 Mrd. DM pro Jahr steigen.

Schließlich war zu überlegen, ob und in welchem Umfang der DDR-Staatshaushalt an dem Defizit zu „beteiligen“ ist. Durch die Währungsunion würde der DDR auch der Zugang zu den Kapitalmärkten erleichtert. Im Falle einer Vereinigung würden diese Kredite aber ohnehin Schulden des „neuen“ Bundeshaushalts. In der Simulation wurde deshalb unterstellt, daß der Bund das Defizit im Staatshaushalt der DDR weitgehend deckt und sich zum größten Teil selber auf dem Anleihemarkt refinanziert. Die Übernahme des DDR-Staatsdefizits durch den Bund wird formal als Vermögensübertragung des Staates in der Bundesrepublik an das Ausland in Höhe von 50 Mrd. DM verbucht.

Export von Investitions- und Konsumgütern in die DDR

Neben den öffentlichen Hilfen für die DDR und deren Finanzierung stellen in Zukunft die Exporte in die DDR

² Vgl. hierzu im einzelnen auch: Mittelfristige Perspektiven der öffentlichen Haushalte. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1989.

³ Vgl. Quantitative Aspekte, ... a.a.O.

Tabelle 1

Status quo-Projektion der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland
(ohne Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR)

	Gebietskörperschaften		Jahresdurchschnittl. Veränderung in vH	Sozialversicherung		Jahresdurchschnittl. Veränderung in vH	Staat insgesamt		Jahresdurchschnittl. Veränderung in vH
	1990	1993	1993/90	1990	1993	1993/90	1990	1993	1993/90
	in Mrd. DM			in Mrd. DM			in Mrd. DM		
Personalausgaben	218	253	5,1	14	17	6,7	232	270	5,2
Käufe von Vorleistungen ¹⁾	128	147	4,7	131	155	5,8	234	274	5,4
Zinsen	62	68	3,1	—	—	—	62	68	3,1
Laufende Transfers	252	290	4,8	276	319	4,9	473	546	4,9
an Sozialversicherung	55	63	4,6	—	—	—	—	—	—
Unternehmen	51	57	3,8	1	1	0,0	52	58	3,7
Private Haushalte	111	130	5,4	270	312	4,9	381	442	5,1
Ausland	35	40	4,6	5	6	6,3	40	46	4,8
Bruttoinvestitionen	56	67	6,2	1	1	0,0	57	68	6,1
Vermögensübertragungen	33	39	5,7	1	1	0,0	34	40	5,6
Ausgaben insgesamt	749	864	4,9	423	493	5,2	1092	1266	5,1
Steuern	565	678	6,3	—	—	—	565	678	6,3
Direkte Steuern	273	353	8,9	—	—	—	273	353	8,9
Lohnsteuer	179	242	10,6	—	—	—	179	242	10,6
Sonstige	94	111	5,7	—	—	—	94	111	5,7
Indirekte Steuern	293	325	3,5	—	—	—	293	325	3,5
Mehrwertsteuer	141	164	5,2	—	—	—	141	164	5,2
Sonstige	152	161	1,9	—	—	—	152	161	1,9
Erwerbseinkünfte	25	25	0,0	6	7	5,3	31	32	1,1
Sozialbeiträge	26	29	3,7	375	429	4,6	401	458	4,5
Verkäufe ²⁾	69	78	4,2	—	—	—	44	50	4,4
Übertragungen von Gebietskörperschaften	—	—	—	55	63	4,6	—	—	—
Sonstige	30	33	3,2	2	2	0,0	32	35	3,0
Einnahmen insgesamt	715	843	5,6	438	501	4,6	1073	1253	5,3
Finanzierungssaldo	—34	—21	—	15	8	—	—19	—13	—
Nachrichtlich:	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Finanzierungssaldo einschl. Unternehmenssteuerreform	—	—41	—	—	—	—	—	—33	—

¹⁾ Bei Sozialversicherung: Einschließlich Käufe von Gebietskörperschaften. — ²⁾ Bei Gebietskörperschaften: Einschließlich Verkäufe an Sozialversicherung.

Quellen: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

einen gewichtigen Einflußfaktor für die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik dar. Die wirtschaftliche Verflechtung mit der DDR wird sich rasch vollziehen, und die DDR wird viele Konsum- und Investitionsgüter aus der Bundesrepublik importieren; ihnen werden zunächst nur geringe Exporte aus der DDR gegenüberstehen.

Eine Schätzung der Export- und Importströme zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist sehr schwierig. Eine zentrale Annahme ist, daß die Währungsunion — nicht zuletzt auf-

grund der Hilfen aus der Bundesrepublik — einen nachhaltigen Wachstumsprozeß in der DDR in Gang setzt. Als Eckpunkte für die Schätzung der zukünftigen Handelsströme werden Informationen über die Wertschöpfung und die Einkommensentwicklung in der DDR, über die Importmatrix der DDR und die Importquoten der Bundesrepublik benötigt. Die Verwendung des nominalen Brutto-sozialprodukts in der DDR könnte sich 1991 nach einer groben Schätzung des DIW wie folgt gliedern: Privater Verbrauch 170 Mrd. DM, Staatsverbrauch 45 Mrd. DM,

Anlageinvestitionen 70 Mrd. DM, Exporte 45 Mrd. DM und Importe 80 Mrd. DM (zusammen 250 Mrd. DM)⁴.

Zur Berechnung des privaten Verbrauchs werden unveränderte Nettoeinkommen der Arbeitnehmer, höhere Renten, etwa 1 Million Bezieher von Arbeitslosengeld und ein Rückgang der Sparquote angenommen. Am Anfang werden sicher Ersparnisse abgebaut werden. Dieser Einmaleffekt wird sich aber wegen der wirtschaftlichen Unsicherheit und drohender Arbeitslosigkeit in Grenzen halten. Schon deshalb dürften manche Inflationsängste in der Bundesrepublik übertrieben sein. Die Schätzung des Staatsverbrauchs in der DDR wurde an anderer Stelle erläutert⁵. Bei den Anlageinvestitionen ist mit Preissenkungen zu rechnen; selbst bei einer kräftigen realen Zunahme der Investitionen dürfte der nominale Betrag gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Beim Export sind es sowohl Preis- als auch Mengeneffekte, die zu einer drastischen Reduzierung führen. Maßgeblich für die negativen Mengeneffekte in der Anfangsphase ist die schlechte internationale Wettbewerbsfähigkeit der DDR.

Die nominalen Importe der DDR wurden ermittelt, indem folgende Importquoten für die einzelnen Verwendungskomponenten unterstellt wurden: privater Verbrauch 20 vH, Anlageinvestitionen 40 vH, Ausfuhr 30 vH.

Anschließend wurden die Importe nach Lieferregionen (Bundesrepublik und übrige Welt) aufgeteilt, wobei die bisherigen Lieferbeziehungen mit den sozialistischen Ländern berücksichtigt wurden. Es wird unterstellt, daß die Bundesrepublik Güter und Dienste in Höhe von fast 40 Mrd. DM in die DDR exportieren könnte. Angesichts des bisherigen Exportniveaus errechnet sich ein anfänglicher Impuls von etwa 30 Mrd. DM. Mit dem unterstellten starken Wirtschaftswachstum der DDR gehen dann weit überdurchschnittlich zunehmende Importe einher, so daß die weitere jährliche Zunahme der Exporte der Bundesrepublik in die DDR jeweils bei 10 Mrd. DM liegen könnte (vgl. Tab. 2). Gleichzeitig dürften die Exporte der DDR — von dem niedrigen Niveau aus — kräftig steigen, so daß sich das Leistungsbilanzdefizit nicht weiter erhöht.

Die Direktinvestitionen von Unternehmen aus der Bundesrepublik in der DDR wurden jährlich mit maximal 20 Mrd. DM angesetzt. Dabei wurde angenommen, daß

⁴ Die Abweichung gegenüber dem für 1989 in der amtlichen Statistik ausgewiesenen Ergebnis von 350 Mrd. Mark kommt vor allem dadurch zustande, daß aufgrund einer Reform des Abgabensystems die Preise vor allem im verarbeitenden Gewerbe gesenkt werden.

⁵ Vgl. Quantitative Aspekte, ... a.a.O.

Tabelle 2

**Exogene Setzungen zur Simulation einer deutschen Währungsunion
für die Bundesrepublik Deutschland**
Abweichungen gegenüber Status quo in Mrd. DM

Variable	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	Begründung
Öffentliche Transfers in die DDR	+ 50	+ 50	+ 50	Öffentliche Hilfen an die DDR
Eink.-/Körpersch.-St.	—	—	+ 20	Aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform
Staatsverbrauch	— 1	— 3	— 5	Einsparungen im Militäretat
Subventionen	— 1	— 3	— 5	Einsparungen
Private Ausrüstungsinv.	— 5	— 5	— 5	Geringere Erweiterungs-investitionen
Gew. Bauinvestitionen	— 2,5	— 2,5	— 2,5	Geringere Erweiterungs-investitionen
Exporte in die DDR	+ 30	+ 40	+ 50	Investitions- und Konsumgüter, Reiseausgaben
Wohnungsbauinvestitionen	—	+ 5	+ 5	Wohnungsbauprogramm
Öffentliche Hilfen zum Wohnungsbau	—	+ 2	+ 2	Wohnungsbauprogramm
<i>nachrichtlich:</i>				
Preisindex der Wohnungsbauinvestitionen	—	+ 1,5 vH	+ 3 vH	Höhere Baupreise
Kapitalmarktzins	+ 1 %-Pkt	+ 1 %-Pkt	+ 1 %-Pkt	Bereits realisierte Zinserhöhung
Arbeitskräfteangebot	+ 25 000 Personen pro Quartal 300 000 nach 3 Jahren			Übersiedler
<i>Quelle:</i> Schätzungen des DIW.				

mancher Investor dem Standort DDR den Vorzug gibt und seine Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik einschränkt. Dieser Effekt schlägt mit 7,5 Mrd. DM (—5 Mrd. DM private Ausrüstungsinvestitionen und —2,5 Mrd. DM gewerbliche Bauinvestitionen) zu Buche.

Übersiedler: Steigendes Angebot an Arbeitskräften und ungenügendes Wohnraumangebot

Der Übersiedlerstrom aus der DDR ist in den letzten Wochen merklich zurückgegangen, wöchentlich wurden etwa 4 000 Personen gezählt. Seit Jahresbeginn sind freilich 175 000 Übersiedler hinzugekommen. Über die weitere Entwicklung kann nur spekuliert werden, sie hängt in hohem Maße von den wirtschaftlichen Perspektiven, insbesondere von den künftigen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der DDR ab. Eine wichtige Rolle spielt auch die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik. Je schneller hier Arbeit zu finden ist, desto größer ist der Anreiz zur Übersiedlung, weil noch einige Zeit ein großes Einkommensgefälle zwischen der Bundesrepublik und der DDR herrschen wird. Neben dem Strom der Übersiedler wird in Zukunft der Pendlerstrom an Bedeutung gewinnen. Dabei handelt es sich um Personen, die ihren Lebensmittelpunkt weiter in der DDR haben und ausschließlich zur Arbeit in die Bundesrepublik kommen. Für die Analyse wird unterstellt, daß aufgrund des Stroms von Übersiedlern und Pendlern die Arbeitslosigkeit für sich genommen in der Bundesrepublik jährlich um 100 000 höher sein würde. Dem stehen die positiven Arbeitsmarkteffekte gegenüber, die aus dem höheren Wirtschaftswachstum resultieren.

In den Ballungsräumen der Bundesrepublik herrscht ein eklatanter Wohnungsmangel. Betroffen davon sind vor allem sozial schwächere Bevölkerungsgruppen. Dieser Mangel wird durch das hohe Zinsniveau verschärft. Kein Bereich reagiert so stark auf Veränderungen der Kapitalmarktzinsen wie der Wohnungsbau. Zur Verbesserung der Wohnraumversorgung und zur Unterbringung weiterer Aussiedler und Übersiedler sind in den nächsten Jahren verstärkte Anstrengungen vonnöten. Deshalb dürften die öffentlichen Wohnungsbauprogramme aufgestockt werden. Allein zur besseren Unterbringung der Übersiedler werden zusätzlich 2 Mrd. DM pro Jahr an öffentlichen Hilfen und 5 Mrd. DM an zusätzlichen Wohnungsbauinvestitionen veranschlagt. Diese Summen sind aber nur ein Bruchteil dessen, was zur besseren Versorgung der heutigen Bevölkerung und der zukünftigen Aussiedler und Übersiedler benötigt wird. In Rechnung gestellt werden muß zudem, daß die Preise im Wohnungsbau derzeit in die Höhe schnellen — ein Vorgang, den man aus früheren Konjunktur- und Wohnungsbauzyklen kennt. Umgekehrt darf nicht übersehen werden, daß die Preissteigerungen auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen verbessern und ein Signal zur Aufstockung der Baukapazitäten geben. Insofern

sollten die Baupreissteigerungen nicht zum Anlaß einer restriktiveren Geldpolitik genommen werden.

Kapitalmärkte

Auf das Angebot einer Währungsunion reagierten die Finanzmärkte in der Zeit vom 7. Februar bis Anfang Mai auf verschiedene Weise. Der Anleihezins zog binnen zwei Wochen von 8,2 % auf 9,2 % an; er gab dann etwas nach und stabilisierte sich auf einem Niveau von annähernd 9 %. Erhebliche Schwankungen wiesen die Aktienkurse auf, aber ihre Tendenz war aufwärtsgerichtet. Kaum tangiert wurden die Devisenmärkte. Die Finanzmärkte haben vermutlich ein mittelfristiges Szenario antizipiert, das trotz eines kräftigen Wirtschaftswachstums keine zinstreibende Überforderungen der Kapitalmärkte aufweist und auch keine, ebenfalls zinstreibende, geldpolitische Restriktion rechtfertigt.

Auf einem ähnlichen Szenario basieren die Simulationsrechnungen des DIW: Hier liegt während der Betrachtungsperiode der Anleihezins stets um einen Prozentpunkt über jenem Zinssatz, der sich im — fiktiven — Referenzszenario (DDR ohne Öffnung der Grenzen zum Westen) ergeben hätte. Dieser Zinssteigerungseffekt ist — so wird hier unterstellt — schon mit dem Zinsanstieg im Februar vorweggenommen worden. Ferner wird angenommen, daß die Investitionschancen in der DDR auf mittlere Sicht zunehmen werden, ohne daß der Binnenwert der D-Mark nennenswert beeinträchtigt wird. Die Erwartung steigender Renditen für Sachkapital bei hohen Realzinsen für Geldkapital wird dazu führen, daß der Wechselkurs der D-Mark eher nach oben tendieren wird.

Diese Zinsprognose mag überraschen, denn die DDR hat einen beträchtlichen Kapitalbedarf: Die Wirtschaft dort muß in den kommenden Jahren sehr viel investieren. Ein Teil davon wird mit den im Wachstumsprozeß anfallenden Gewinnen finanziert werden. Doch darüber hinaus werden die Unternehmen in der DDR auch auf private ausländische Mittel angewiesen sein; hier wurden Direktinvestitionen der Bundesrepublik bis zu 20 Mrd. DM für möglich gehalten. Ferner dürfte die DDR gezwungen sein, ihren in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befindlichen RGW-Partnern Kredite zur Finanzierung von Importen aus der DDR zu gewähren. Hinzu kommt, daß der Staatshaushalt der DDR zunächst mit jährlichen Fehlbeträgen von rund 50 Mrd. DM abschließen wird. Für die Simulationsrechnung wurde unterstellt, daß diese Fehlbeträge größtenteils von der Bundesrepublik übernommen werden und dort per Saldo ein Defizit im Staatshaushalt von zunächst 35 bis 40 Mrd. DM entsteht. Dies schließt nicht aus, daß der Staat der DDR in Wirklichkeit zum Teil auch selber an den Kapitalmarkt geht. Seine Emissionen werden freilich nur erfolgreich sein, wenn die Zins- und Tilgungszahlungen von der Bundesrepublik garantiert werden.

Würde sich die zusätzliche Nachfrage nach Kapitalmarktmitteln ausschließlich auf das heimische Angebot in der Bundesrepublik richten, so müßte eine Überforderung der westdeutschen Kapitalmärkte befürchtet werden: Im Betrachtungszeitraum werden die inländischen nicht-finanziellen Sektoren, das sind fast ausschließlich die privaten Haushalte und die Unternehmen, Geldvermögen von 250 bis 270 Mrd. DM bilden; bei einer ähnlichen Fristigkeitsstruktur wie zuvor wäre mit einem Angebot von 150 bis 160 Mrd. DM pro Jahr zu rechnen. Mit einem solchen Angebot könnte eine zusätzliche Nachfrage nach langfristigen Mitteln von 55 bis 60 Mrd. DM voraussichtlich nur zu deutlich höheren Zinsen, als hier unterstellt worden ist, gedeckt werden.

Doch in Wirklichkeit steht das Vielfache dieses Betrages als Angebot zur Verfügung. Der westdeutsche Finanzmarkt ist nur ein kleiner, sehr eng mit den internationalen Finanzmärkten verflochtener Teilmarkt. Jede durch eine Mehrnachfrage der DDR nach Kapitalmarktmitteln ausgelöste Zinssteigerung im Währungsgebiet der D-Mark würde binnen kurzem dazu führen, daß zusätzliches Kapital importiert und der Kapitalbedarf der DDR zum Teil unmittelbar auf den Weltmärkten gedeckt wird. Beides würde den Zinsauftrieb rasch eindämmen.

Für das erste Jahr des Simulationszeitraumes wurde ein zusätzlicher Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik gegenüber der DDR von 30 Mrd. DM geschätzt. Dieser Ausfuhrüberschuß und seine Finanzierung stellen aber für die Wirtschaft und die Finanzmärkte in der Bundesrepublik keine entsprechende zusätzliche Belastung dar, die nur durch zusätzliches Sparen (Minderverbrauch) aufgefangen werden könnte. Denn nur ein Teil der von Inländern gebildeten Geldvermögen wird von Staat und Wirtschaft im Inland „absorbiert“. Im Jahre 1989 waren es über 100 Mrd. DM, die zur Finanzierung des Leistungsbilanzüberschusses im Ausland angelegt wurden. Hierin liegt ein Potential, das zur teilweisen Deckung des Einfuhrdefizits der DDR genutzt werden könnte. Diese finanzielle Umschichtung liefe auf der güterwirtschaftlichen Ebene darauf hinaus, daß der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik gegenüber ihren westlichen Handelspartnern vermindert würde zugunsten eines Ausfuhrüberschusses gegenüber der DDR.

Neben der Milderung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts hätte dies einen stabilitätspolitisch erwünschten „Nebeneffekt“. In gleicher Weise, wie auf der monetären Ebene ein zusätzlicher Kapitalexport in die DDR, der zu Lasten von Kapitalexporten in westliche Länder geht, einen Zinsauftrieb dämpft, trägt auf der Güterebene eine Verlagerung des Leistungsbilanzüberschusses per se zu einer Verminderung des Preisauftriebs bei.

Die Möglichkeit der Bundesrepublik und der DDR, auf das Auslandsangebot an Waren und Diensten zurückzugreifen, ist einer der Gründe dafür, daß in dem hier vorgestellten Szenario die Geldwertstabilität gewahrt bleibt.

Während des deutsch-deutschen Integrationsprozesses werden zwar in etlichen Bereichen, namentlich in der Bauwirtschaft, Preissteigerungen unvermeidlich sein, aber insgesamt wird nur mit einem geringen Preiseffekt gerechnet; auch die Gefahr einer inflatorischen Preis-Lohn-Spirale wird für gering gehalten. Mit einer solchen Prognose stehen und fallen andere, für das Szenario wesentliche Bedingungen:

- Der reale Außenwert der D-Mark bleibt mittelfristig stabil, so daß genügend Auslandskapital in die Bundesrepublik und in die DDR kommt und zugleich ein weiterer Zinsanstieg vermieden wird.
- Die Bundesbank sieht sich weder durch einen binnenwirtschaftlich bedingten noch durch einen abwertungsbedingten Preisauftrieb veranlaßt, einen Restriktionskurs einzuschlagen, mit dem der auf starkes Wachstum angewiesene Integrationsprozeß gefährdet würde. Die Bundesbank ist — so wird hier unterstellt — vielmehr bereit, diesen Prozeß mit einer relativ großzügigen Geldversorgung zu unterstützen. Das bedeutet, daß die Geldmarktzinsen trotz der erhöhten Anleihezinsen nicht nennenswert heraufgesetzt werden. Mit einer solchen Zinspolitik wäre ein höheres Geldmengenziel vereinbar, das dem starken Wachstumspotential der DDR-Wirtschaft Rechnung tragen würde.

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland

In Tabelle 3 sind gesamtwirtschaftliche Effekte ausgewiesen, die sich als Folge des Zusammengehens beider deutscher Staaten in einem Zeitraum von drei Jahren ergeben könnten. Die Ergebnisse sind in jedem Jahr als prozentuale Abweichungen gegenüber der Status quo-Situation — ohne Währungsunion — zu interpretieren.

Zentrales Ergebnis der Simulationen ist, daß die Wirtschafts- und Währungsunion unter den hier getroffenen Annahmen einen Wachstumsschub in der Bundesrepublik auslöst. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Jahr um etwa 1 vH-Punkt höher und wird im dritten Jahr um 1 ½ vH über dem Wert im Referenzszenario liegen. Motor dieser Entwicklung sind die zusätzlichen Exporte in die DDR. Das Exportvolumen der Bundesrepublik ist nach drei Jahren um gut 5 vH größer als unter Status quo-Bedingungen. Aber auch die realen Importe an Waren und Dienstleistungen nehmen nachhaltig zu. Der reale private Verbrauch profitiert von der besseren Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Simulationszeitraum um insgesamt 250 000 Personen höher sein als im Referenzszenario. Ein Großteil der arbeitssuchenden Übersiedler kann also in den Arbeitsprozeß integriert werden.

Die Investitionsentwicklung zeigt indes kein einheitliches Bild. Die Ausrüstungsinvestitionen steigen stärker, obwohl von einer Verlagerung der privaten Investitionen

Tabelle 3

**Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen
der deutschen Währungsunion**
Abweichungen in vH gegenüber Status quo

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
Produktivität je Erwerbstätigen	0,8	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt, real	1,0	1,3	1,6
Privater Verbrauch	0,4	0,6	0,6
Staatsverbrauch	-0,3	-0,3	-0,7
Anlageinvestitionen	-0,5	0,2	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	0,4	0,5	1,5
Bauinvestitionen	-1,2	-0,2	0,4
Exporte	3,7	4,7	5,6
Importe	2,2	2,8	3,3
Bruttosozialprodukt, nominal	1,1	1,9	2,6
Preisindex des privaten Verbrauchs	0,1	0,4	0,6
Preisindex des Bruttosozialprodukts	0,1	0,6	1,0
Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer	1,1	1,9	2,3
Bruttoeinkommen der Unternehmen	2,1	3,2	4,7
Volkseinkommen	1,4	2,3	3,1
Nettoeinkommen der Unternehmen	2,3	3,4	1,5
Nettolöhne und -gehälter	0,8	1,4	1,8
Tariflöhne	0,7	0,9	1,0
Lohnstückkosten	0,1	0,5	0,7
<i>nachrichtlich:</i>			
Zusätzliches Defizit des Staates, Mrd. DM	-40	-35	-11
Kapitalmarktzins, %	1,1	1,1	1,1
Geldmarktzins, %	0	0	0,1
Erwerbstätige in 1000	70	170	250

Die Rechnungen wurden mit Hilfe der DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute durchgeführt. Simulationszeitraum bildeten die Jahre 1989 bis 1991. Die Impulse wurden deflationiert.

in die DDR von 5 Mrd. DM jährlich ausgegangen wurde: Die günstigere gesamtwirtschaftliche Entwicklung überdeckt die Verlagerungseffekte. Ungünstig einzuschätzen ist der weitere Verlauf der Bauinvestitionen. Im Bausektor bündeln sich die negativen Effekte höherer Kapitalmarktzinsen, geringerer staatlicher Investitionen — als Folge der höheren Staatsdefizite — und der Verzicht auf bestimmte Erweiterungsinvestitionen (wie bei den gewerblichen Bauten unterstellt wurde). Das staatliche Wohnungsbauprogramm wiederum stabilisiert die Bautätigkeit etwas, allerdings mit der Folge, daß die Preise im Wohnungsbau weiter steigen.

Niedriger als vielfach befürchtet fallen die allgemeinen Preissteigerungen aus. Der Preisindex des privaten Verbrauchs liegt nur wenig über dem Status quo. Zu Preisefekten kommt es aufgrund der höheren Kapazitätsausla-

stung und der höheren Tariflöhne, deren Kostenwirkung nur teilweise durch den Produktivitätsfortschritt gebremst wird. Selbst wenn man berücksichtigt, daß das ökonomische Modell die Dynamik von Engpaßsituationen nicht vollständig abbildet und somit die Preisentwicklung unterzeichnet, sind Inflationsängste im Zusammenhang mit der Währungsunion nicht angebracht. Vielfach wird die Angebotselastizität des Weltmarktes unterschätzt. Die Bundesrepublik ist so stark in den internationalen Handel integriert, daß die Importe in Zeiten guter Konjunktur stark steigen und damit die Nachfrage ohne inflationäre Verspannungen befriedigt werden kann.

In der Simulationsrechnung nehmen die Exporte der Bundesrepublik in die DDR um bis zu 50 Mrd. DM zu. Auch wenn man zusätzliche Importe aus der DDR von 10 Mrd. DM pro Jahr unterstellt, sinkt der Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik gegenüber der übrigen Welt (ohne DDR) um 20 Mrd. DM. Das heißt: Die Währungsunion trägt zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte bei; auch andere Volkswirtschaften profitieren vom höheren Wirtschaftswachstum in Deutschland.

Von großem Interesse ist die Gewinnentwicklung der Unternehmen in der Bundesrepublik, wurde doch in der Alternativsimulation unterstellt, daß sie auf 20 Mrd. DM aus der geplanten Steuerentlastung „verzichten“ müssen. Trotzdem werden sich — folgt man der Simulation — die Bruttogewinne erheblich stärker erhöhen als im Referenzszenario. Das gilt auch für die Nettogewinne. Auch bei einem Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform sind die Unternehmen Gewinner der Währungsunion. Für die Arbeitnehmer liegen die Einkommen ebenfalls brutto wie netto über der Status quo-Situation. Berücksichtigt man allerdings den Preisanstieg sowie den Beschäftigungszuwachs, dann steigen die Realeinkommen je Arbeitnehmer wie im Referenzszenario. Insofern hätten die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik keine „Lasten“ zu tragen. Eine andere Konstellation — Steuerentlastung der Unternehmen und gleichzeitige Erhöhung der indirekten Steuern — hätte andere Ergebnisse zur Folge: Dann würden hauptsächlich die Arbeitnehmer und die Bezieher von Transfereinkommen belastet.

Die öffentlichen Haushalte können aufgrund des kräftigeren Wirtschaftswachstums mit höheren Staatseinnahmen als nach der Status quo-Projektion rechnen — bei den Steuern von bis zu 15 Mrd. DM, bei den Sozialbeiträgen von bis zu 10 Mrd. DM. In der Modellrechnung ist unterstellt, daß die Exporte in die DDR steuerlich wie Ausfuhren in andere Volkswirtschaften behandelt werden, sie in der Bundesrepublik also von der Mehrwertsteuer befreit sind, in der DDR aber der Einfuhrumsatzsteuer unterliegen. Diesen Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben von 50 Mrd. DM gegenüber, vor allem Folge der Vermögensübertragungen an die DDR. Zu Buche schlagen aber auch höhere Zinsausgaben, bedingt durch höhere Kapitalmarktzinsen und eine höhere Kreditaufnahme, sowie

Tabelle 4

Auswirkungen der Währungsunion auf die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland
Ergebnisse der Simulation

	Gebietskörperschaften			Sozialversicherung			Staat insgesamt		
	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
	in Mrd. DM								
Personal- und Sachaufwand ¹⁾	1	2	0	—	—	—	1	2	0
Zinsen	—	1	2	—	—	—	—	1	2
Laufende Übertragungen	—	—	—	—	1	4	—	1	4
Vermögensübertragungen	50	52	52	—	—	—	50	52	52
Nettoinvestitionen	—1	—3	—3	—	—	—	—1	—3	—3
Ausgaben	50	52	51	—	1	4	50	53	55
Steuern ²⁾	4	9	33	—	—	—	4	9	33
Sozialbeiträge	—	—	—	4	8	10	4	8	10
Sonstige	1	1	1	—	—	—	1	1	1
Einnahmen	5	10	34	4	8	10	9	18	44
Finanzierungssaldo	—45	—42	—17	4	7	6	—40	—35	—11

¹⁾ Reduzierung der Militärausgaben um bis zu 5 Mrd. DM. — ²⁾ Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform im 3. Jahr. Mehreinnahmen 20 Mrd. DM, Reduzierung der Subventionen um bis zu 5 Mrd. DM.
Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quellen: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

vermehrte Aufwendungen für den Staatsverbrauch — das höhere Wirtschaftswachstum bedeutet höhere Löhne und Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst — und schließlich höhere Transferzahlungen (Renten). Hingegen wird bei den öffentlichen Investitionen in der Bundesrepublik gespart: Das Modell arbeitet mit der Erfahrung, daß die finanzpolitischen Entscheidungsträger auf einen Anstieg des Staatsdefizits mit einer Kürzung der öffentlichen Investitionsausgaben reagieren (vgl. Tab. 4).

Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik würde zunächst um 35 bis 40 Mrd. DM höher sein als sonst, d.h. insgesamt 55 bis 60 Mrd. DM bzw. 2 bis 2 ½ vH des nominalen Bruttosozialprodukts betragen. In der Folgezeit könnten die zusätzlichen Defizite auf die Hälfte reduziert werden, weil die massiven Hilfen an die DDR in beträchtlichem Umfang der westdeutschen Wirtschaft zugute kommen und das höhere Wirtschaftswachstum sich in höheren Staatseinnahmen niederschlägt. Die Mehrbelastungen der öffentlichen Hand könnten ohne übermäßige Beanspruchung der Kapitalmärkte durch den Staat finanziert werden — jedenfalls dann, wenn auf die Unternehmenssteuerreform weitgehend verzichtet würde.

Allerdings verlief die Entwicklung der Finanzen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger noch ungleichgewichtiger. Während die Sozialversicherungsträger zusätzliche Überschüsse von rund 5 Mrd. DM

pro Jahr erzielen, müßten die Gebietskörperschaften für die ersten beiden Jahre zusätzliche Haushaltsdefizite von 40 bis 45 Mrd. DM und im Jahr 1993 bei Verzicht auf die Unternehmenssteuerreform immer noch ein zusätzliches Defizit von 20 Mrd. DM in Kauf nehmen. In welchem Maße die verschiedenen Haushaltsebenen davon betroffen wären, läßt sich nur politisch entscheiden. Unter Status quo-Bedingungen wäre, da es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt, in erster Linie der Bund gefordert; Länder und Gemeinden wären sogar besser als vorher gestellt, weil ihre Mehreinnahmen weit größer als ihre zusätzlichen Ausgaben wären. Allerdings entspräche es dem föderativen Prinzip eher, wenn die Länder an den finanziellen Lasten der Vereinigung beteiligt würden — sei es, daß ihr Anteil am Umsatzsteueraufkommen zugunsten des Bundes verringert würde und/oder, daß die Mittel des horizontalen Finanzausgleichs erheblich aufgestockt und zur Mitfinanzierung der künftigen Länderhaushalte der DDR verwendet würden.

Fazit

Die Währungsunion mit der DDR dürfte die Bundesrepublik nicht vor unlösbare Probleme stellen. Die finanziellen Hilfen für die DDR — unterstellt wurden anfangs 50 Mrd. DM pro Jahr — können aufgebracht werden,

wenn auf Steuerentlastungen in den nächsten Jahren weitgehend verzichtet würde. Der Konjunkturaufschwung beschert den öffentlichen Haushalten reichlich Mehreinnahmen, allein 1990 rund 20 Mrd. DM⁶. Es ist mit zusätzlichen Steuereinnahmen zu rechnen, weil der Wirtschaft in der Bundesrepublik durch die Exporte in die DDR zusätzliche Impulse gegeben werden. Inflationsängste sind unbegründet, auch wenn das höhere Wirtschaftswachstum es mit sich bringt, daß die Preise etwas stärker als unter Status quo-Bedingungen steigen. Auch die hohen Leistungsbilanzüberschüsse können vermindert werden.

Manchem mag die öffentliche Hilfe der Bundesrepublik in Höhe von 50 Mrd. DM pro Jahr als sehr hoch erscheinen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß es diese Hilfen sind, die den wirtschaftlichen Aufschwung

in der DDR mit in Gang setzen. Aus eigener Kraft kann die DDR vor allem den Aus- und Aufbau ihrer Infrastruktur nicht leisten. Hier zu helfen, liegt auch im Interesse der Bundesrepublik, ist doch eine leistungsfähige Infrastruktur wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Je rascher ein nachhaltiger Wachstumsprozeß in der DDR initiiert werden kann, umso eher ist die DDR in der Lage, diesen Prozeß aus „eigenen Mitteln“ zu finanzieren. Auch das Wachstum in der Bundesrepublik wird dadurch angeregt.

⁶ Diese Größenordnung ergibt sich, wenn man die aktuelle Steuerschätzung für 1990 der Schätzung vor Jahresfrist gegenüberstellt. Vgl. Steuerhaushalt 1990: Reform '90 drosselt Anstieg der Steuereinnahmen. Bearb.: Dieter Teichmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/1990.

Konjunkturaufschwung ungebrochen

Die ersten Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das erste Quartal 1990¹

In der Bundesrepublik Deutschland ist auch nach der Jahreswende die konjunkturelle Entwicklung deutlich aufwärts gerichtet. Wie schon im Vorquartal stieg das reale — von Saison- und Kalendereinflüssen bereinigte — Bruttosozialprodukt um 1,5 vH. Da vom Kalender her mehr Arbeitszeit zur Verfügung stand, belief sich der Anstieg kalendermonatlich sogar auf fast 2 vH, der vergleichbare Vorjahreswert wurde dabei um 4 vH überschritten. Ausschlaggebend für dieses gute Ergebnis war die Entwicklung im Außenhandel — der reale Außenbeitrag erhöhte sich wieder kräftig. Die Binnennachfrage nahm dagegen nur abgeschwächt zu, nachdem sie im Vorquartal — bedingt vor allem durch den Zuzug von Bürgern aus der DDR — die gesamtwirtschaftliche Expansion getragen hatte. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums war die Zunahme der Wohnbevölkerung mit rund 300 000 Personen (Aussiedler und Übersiedler) fast so hoch wie im Vorquartal.

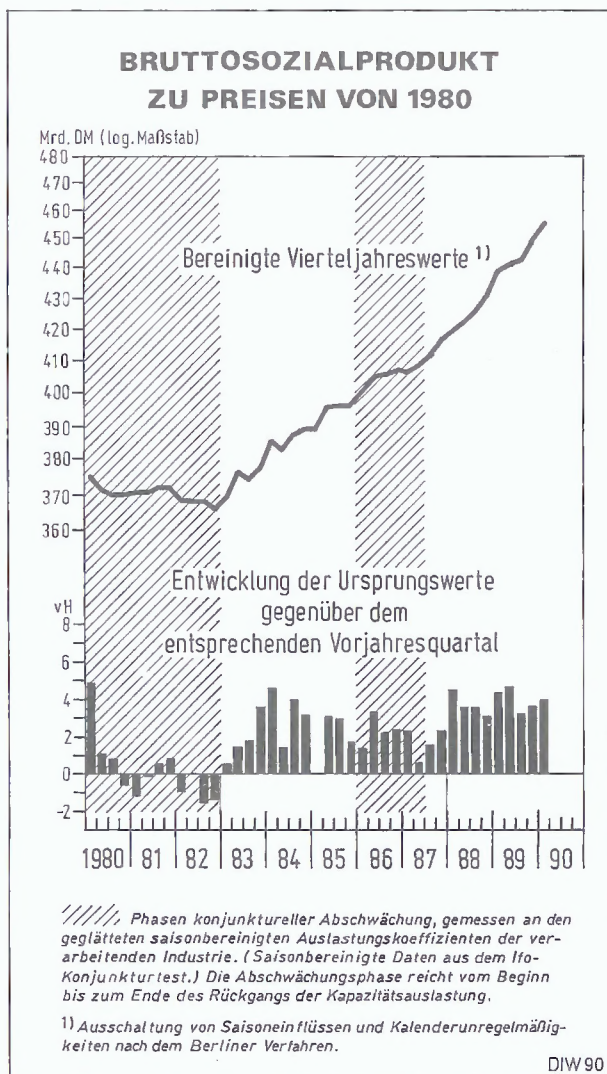
Der Preisauftrieb verstärkte sich nach der Jahreswende in nahezu allen Bereichen. Dabei wurde der inländische Preisanstieg durch importierte Preissenkungen sogar noch gedämpft; die Terms of Trade verbesserten sich. Für den Deflationierungsfaktor, den Preisindex des Bruttosozialprodukts, errechnet sich eine Rate von annähernd 1,5 vH, gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung um 3 vH.

Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Im warenproduzierenden Gewerbe insgesamt entsprach die Zunahme etwa dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Dies war aber weniger dem Anstieg der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe zu verdanken — er belief sich auf 0,5 vH nach 2 vH im Vorquartal — als der kräftigen, durch die Witterung zusätzlich begünstigten Produktionsausweitung im Baugewerbe. Dieser Zunahme standen nur geringfügige witterungsbedingte Einschränkungen der Erzeugung im Bereich Energieversorgung gegenüber.

Überdurchschnittlich gut war dagegen die Entwicklung in den verteilenden Bereichen. Vor allem der Einzelhandel konnte kräftig zulegen. Er profitierte einerseits von der durch die Steuerentlastungen zu Beginn des Jahres stimulierten privaten Nachfrage der Inländer und andererseits von Käufen der DDR-Bürger in der Bundesrepublik. Im Verkehrsbereich führte vor allem die günstige Witterung zu einer Zunahme der Leistung.

Zwar war im Berichtsquartal das Wachstumstempo der Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen — ge-



messen am Bruttosozialprodukt — unterdurchschnittlich. Mit einer Jahresrate von 3 bis 4 vH entsprach der Zuwachs aber etwa dem in diesem Bereich üblichen Tempo.

Verwendung des Bruttosozialprodukts

Nach der Jahreswende expandierten die Ausgaben für den *privaten Verbrauch* mit 2 vH beschleunigt; das ent-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen. Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist.

Index der Nettoproduktion für das verarbeitende Gewerbe*

	1988	1989	1987		1988				1989				1990
			III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
	1985 = 100												
Grundstoff- und Produktionsgüter	105,8	108,9	100,3	100,7	102,6	106,0	106,9	107,7	107,0	110,9	108,2	109,3	109,6
Investitionsgüter	108,8	116,2	99,1	115,2	104,6	108,3	103,5	118,7	110,3	118,2	110,0	126,3	119,0
Verbrauchsgüter	106,5	110,5	101,7	107,7	108,6	103,8	103,7	109,9	109,9	110,5	106,6	115,2	115,6
Nahrungs- und Genußmittel	102,5	105,4	100,4	110,8	98,6	97,8	102,7	111,0	97,8	102,8	105,1	116,0	104,5
Verarbeitendes Gewerbe	107,1	112,4	99,9	109,8	104,1	106,0	104,4	113,8	108,2	113,6	108,6	119,1	114,6
	in vH gegenüber Vorjahr												
Grundstoff- und Produktionsgüter	6,6	2,9	0,8	3,0	7,8	5,2	6,6	7,0	4,3	4,6	1,3	1,5	2,4
Investitionsgüter	3,7	6,8	-0,2	2,6	3,9	3,5	4,5	3,1	5,5	9,2	6,3	6,3	7,9
Verbrauchsgüter	3,2	3,8	1,1	1,4	5,0	3,8	2,0	2,1	1,2	6,5	2,8	4,8	5,2
Nahrungs- und Genußmittel	2,2	2,9	-1,9	0,3	4,1	2,6	2,3	0,2	-0,7	5,2	2,3	4,5	6,8
Verarbeitendes Gewerbe	4,3	5,0	0,1	2,3	5,1	3,9	4,5	3,6	3,9	7,2	4,0	4,7	6,0
* Fachliche Unternehmensteile; Ursprungswerte, kalendermonatlich.													
Quelle: Statistisches Bundesamt.													

sprechende Vorjahresniveau übertrafen sie um 5 1/2 vH. Dabei wurde nicht einmal der von der Einkommensentwicklung vorgegebene Rahmen ausgeschöpft, die Sparquote erhöhte sich. Die zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerentlastungen bewirkten, daß die Nettolohn- und -gehaltsumme mit 4,5 vH (Vorjahresvergleich: 8,5 vH) etwa doppelt so rasch stieg wie die entsprechende Bruttogröße.

Der Preisauftrieb bei Gütern und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs verstärkte sich im Berichtszeitraum. Das Vorjahresniveau wurde um knapp 3 vH übertroffen. Während sich Heizöl und Benzin verbilligten und die Nahrungsmittelpreise nur abgeschwächt stiegen, verteuerten sich Dienstleistungen und Mieten kräftig. Bei den Mieten machte sich der zunehmende Wohnungsmangel aufgrund der rasch steigenden Bevölkerungszahlen und der Anstieg der Baupreise deutlich bemerkbar.

Bei dieser Preisentwicklung expandierte der private Konsum nominal deutlich stärker als real; mit 1 vH war der reale Zuwachs aber ebenso kräftig wie im Jahresendquartal 1989. Neben Textilien, Einrichtungsgegenständen und elektrotechnischen Erzeugnissen standen vor allem Kraftfahrzeuge (die Zahl der Neuzulassungen stieg um 15 vH) hoch in der Verbrauchergunst.

Die realen *Ausrüstungsinvestitionen* stagnierten zwar nach der außerordentlich kräftigen Zunahme im Vorquartal; das vergleichbare Vorjahresniveau übertrafen sie aber um etwa 16 vH. Während die Käufe von inländischen Investitionsgütern noch stiegen, haben die Importe das hohe Niveau vom Jahresende nicht ganz gehalten. Der Preisauftrieb in diesem Bereich ist ausschließlich auf die Verteuerung inländischer Produkte zurückzuführen.

Die Bauproduktion ist nun schon im dritten Winter hintereinander durch die Witterung extrem begünstigt worden. Dies und die Tatsache, daß die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe seit Mitte 1989 rasch gestiegen sind, führte zu einer kräftigen Ausweitung der *Bauinvestitionen*. Den ohnehin hohen Vorjahreswert übertrafen sie noch um etwa 6 vH. Der Nachfrageschub führte dazu, daß bei der kurzfristig geringen Angebotselastizität Preisanhebungen leichter durchgesetzt werden konnten. Dabei war der Preisauftrieb mit 1,5 bis 2 vH in allen Bauparten etwa gleich stark, das Vorjahresniveau wurde bereits um mehr als 5 vH übertroffen.

Nach der Jahreswende sind die realen *Warenexporte* zunächst besonders kräftig gestiegen. Für den Quartalsdurchschnitt errechnet sich ein saisonbereinigter Zuwachs von 4,5 vH. Dabei ist unterstellt, daß DDR-Bürger in der Bundesrepublik etwa im gleichen Umfang Käufe getätigt haben wie im Vorquartal. Während die Lieferungen in die EG-Länder insgesamt erneut etwas niedriger waren als zuvor, stiegen vor allem die Lieferungen in die Entwicklungsländer, die USA und in die Staatshandelsländer. Dabei wurden insbesondere Investitionsgüter, aber auch Grundstoffe und Produktionsgüter ausgeführt.

Bei den realen *Warenimporten* kam es nach der kräftigen Ausweitung im Vorquartal zu einer merklich abgeschwächten Zunahme. Neben Investitionsgütern wurden vor allem Energieträger in geringerem Umfang als zuvor eingeführt. Nur die Staatshandelsländer lieferten deutlich mehr als vorher in die Bundesrepublik.

Für den Berichtszeitraum errechnet sich eine Zunahme des realen Überschusses in der Warenbilanz von 17 Mrd. DM. Da die Dienstleistungsbilanz etwa ausgeglichen war,

Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1988	1989	1987 IV	1988				1989				1990 I
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1980												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	45894	45924	11763	11696	11380	11084	11734	11657	11625	10993	11649	11944
Beschäftigte (1000 Pers.)	24243	24607	24310	23911	24173	24358	24530	24230	24528	24736	24934	24740
Produktivität (DM)	36,91	38,15	36,46	34,76	36,40	38,80	37,68	36,12	37,12	40,17	39,20	36,66
Bruttoinlandsprodukt (Mrd.DM)	1692,9	1750,8	428,9	406,6	414,3	430,0	442,1	421,0	431,5	441,6	456,6	437,9
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1126,4	1176,1	306,4	256,4	273,9	278,0	318,0	269,2	285,4	289,9	331,7	284,2
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	905,4	946,7	246,5	205,7	220,3	223,6	255,8	216,4	229,7	233,5	267,2	228,8
Nettolohn- u. -gehaltsumme	604,8	625,9	160,2	140,9	146,9	150,2	166,9	146,5	150,9	155,4	173,1	158,8
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u.Verm.	525,3	575,0	120,5	128,6	125,0	139,6	132,0	142,4	141,0	149,2	142,5	158,4
Indirekte Steuern abz. Subventionen	209,2	232,6	55,3	50,0	50,7	52,0	56,5	55,8	56,1	58,1	62,7	58,8
Abschreibungen	260,8	276,7	63,3	64,0	64,8	65,6	66,4	67,7	68,9	69,6	70,5	71,6
Bruttosozialprodukt	2121,7	2260,4	545,5	499,1	514,4	535,2	573,0	535,0	551,3	566,7	607,4	573,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM)												
Privater Verbrauch	1156,8	1213,4	303,6	272,6	282,9	288,3	313,0	286,0	298,6	300,3	328,5	301,9
Öffentlicher Verbrauch	411,5	418,3	117,7	92,9	96,6	99,5	122,4	95,9	98,1	101,2	123,1	99,8
Anlageinvestitionen	419,1	462,9	112,1	85,4	106,8	108,1	118,9	96,0	118,4	116,8	131,7	109,6
Bauten	234,3	255,3	59,6	46,3	62,5	64,2	61,2	53,4	67,6	67,8	66,5	59,4
Ausrüstungen	184,9	207,6	52,4	39,0	44,3	43,9	57,7	42,6	50,8	49,0	65,2	50,2
Vorratsveränderung	13,7	25,1	-23,4	18,7	-0,4	15,1	-19,6	19,9	1,3	17,2	-13,3	21,8
Außenbeitrag	120,6	140,7	35,5	29,6	28,6	24,1	38,4	37,2	34,9	31,2	37,4	39,9
Ausfuhr	687,8	778,2	171,8	163,7	168,5	170,5	185,1	185,8	199,3	191,4	201,8	208,5
darunter: Waren	547,5	615,6	137,1	132,2	133,1	134,9	147,2	149,8	157,8	149,5	158,6	164,4
Einfuhr	567,2	637,6	136,4	134,2	139,9	146,3	146,8	148,6	164,4	160,2	164,4	168,6
darunter: Waren	412,7	471,5	101,3	98,9	101,9	102,4	109,5	112,5	122,4	112,3	124,3	124,0
Bruttosozialprodukt	2121,7	2260,4	545,5	499,1	514,4	535,2	573,0	535,0	551,3	566,7	607,4	573,0
Zu Preisen von 1980 (Mrd.DM)												
Privater Verbrauch	949,9	966,2	252,8	225,7	231,5	235,8	257,0	229,4	236,6	238,4	261,9	235,7
Öffentlicher Verbrauch	335,4	332,8	87,7	80,5	82,0	83,0	89,9	80,8	81,9	82,4	87,9	81,5
Anlageinvestitionen	352,2	377,6	95,2	72,1	90,1	90,8	99,2	79,2	96,7	95,0	106,8	87,4
Bauten	198,0	208,4	51,2	39,4	53,1	54,3	51,2	44,2	55,4	55,2	53,6	46,8
Ausrüstungen	154,2	169,2	44,1	32,8	37,0	36,5	47,9	35,0	41,3	39,8	53,2	40,6
Vorratsveränderung	13,4	19,9	-21,6	16,0	1,8	14,6	-19,0	15,4	2,2	16,2	-13,9	17,0
Außenbeitrag	51,0	72,7	17,9	12,7	11,5	8,6	18,2	20,3	18,9	14,6	18,9	20,3
Ausfuhr	582,4	643,1	147,2	140,8	143,4	143,6	154,6	155,4	164,0	156,9	166,8	172,8
darunter: Waren	466,4	512,9	118,3	114,2	114,1	114,3	123,8	126,0	130,9	123,5	132,5	138,0
Einfuhr	531,5	570,4	129,2	128,0	132,0	135,1	136,4	135,2	145,1	142,3	147,8	152,5
darunter: Waren	407,7	442,1	100,7	99,0	101,5	100,3	106,8	106,6	112,7	105,8	117,0	118,3
Bruttosozialprodukt	1701,8	1769,2	432,1	407,0	416,8	432,7	445,3	425,0	436,2	446,5	461,5	441,8
Preisentwicklung (1980=100)												
Privater Verbrauch	121,8	125,6	120,1	120,8	122,2	122,3	121,8	124,7	126,2	126,0	125,4	128,1
Öffentlicher Verbrauch	122,7	125,7	134,2	115,5	117,8	119,9	136,2	118,8	119,8	122,9	140,1	122,5
Bauten	118,3	122,5	116,6	117,7	117,7	118,4	119,5	120,7	122,0	122,9	124,1	126,9
Ausrüstungen	119,9	122,7	119,0	119,1	119,8	120,2	120,3	121,8	123,1	123,1	122,7	123,7
Ausfuhr	118,1	121,0	116,8	116,3	117,5	118,7	119,7	119,5	121,5	121,9	121,0	120,7
Einfuhr	106,7	111,8	105,5	104,8	106,0	108,3	107,6	110,0	113,3	112,5	111,2	110,6
Nachr.: Terms of Trade	110,7	108,3	110,7	111,0	110,8	109,5	111,3	108,7	107,3	108,4	108,8	109,1
Bruttosozialprodukt	124,7	127,8	126,2	122,6	123,4	123,7	128,7	125,9	126,4	126,9	131,6	129,7
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	116,4	117,5	125,1	110,5	115,8	113,2	126,0	112,0	115,8	115,0	127,2	113,7

¹⁾ Die Abweichungen in den Summen sind durch Rundung der Zahlen bedingt. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1980 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Entwicklung der Ursprungswerte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1988	1989	1987 IV	1988				1989				1990 I
				I	II	III	IV	I	II	III	IV	
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1980												
Arbeitsvolumen	0,9	0,1	0,6	2,6	1,5	— 0,3	— 0,3	—0,3	2,2	—0,8	—0,7	2,5
Beschäftigte	0,9	1,5	0,6	1,0	0,8	0,8	0,9	1,3	1,5	1,6	1,7	2,1
Produktivität	2,8	3,4	1,8	2,1	1,8	4,0	3,3	3,9	2,0	3,5	4,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,4	2,5	4,8	3,4	3,6	3,1	3,6	4,2	2,7	3,3	4,0
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	3,9	4,4	4,0	5,1	3,2	3,7	3,8	5,0	4,2	4,3	4,3	5,6
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	3,9	4,6	4,0	4,9	3,2	3,7	3,8	5,2	4,2	4,4	4,5	5,7
Nettolohn- u. -gehaltsumme	4,2	3,5	2,6	4,9	3,7	4,1	4,1	4,0	2,7	3,5	3,7	8,4
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	8,7	9,5	1,1	7,4	9,7	8,3	9,5	10,7	12,7	6,9	8,0	11,3
Indirekte Steuern abz. Subventionen	4,1	11,2	7,1	4,5	4,1	5,9	2,2	11,4	10,6	11,6	11,0	5,4
Abschreibungen	4,6	6,1	3,6	3,9	4,3	4,9	5,0	5,7	6,4	6,1	6,1	5,8
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	3,6	5,4	4,9	5,2	5,0	7,2	7,2	5,9	6,0	7,1
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen												
Privater Verbrauch	4,0	4,9	5,6	6,2	2,7	4,1	3,1	4,9	5,6	4,2	5,0	5,6
Öffentlicher Verbrauch	3,7	1,7	4,1	4,1	2,7	3,8	4,0	3,2	1,5	1,7	0,6	4,1
Anlageinvestitionen	7,5	10,5	3,6	15,4	6,1	4,7	6,1	12,5	10,9	8,0	10,8	14,1
Bauten	6,7	9,0	1,6	22,8	5,2	2,4	2,6	15,2	8,1	5,6	8,7	11,2
Ausrüstungen	8,4	12,3	5,9	7,7	7,4	8,2	10,0	9,3	14,7	11,6	13,1	17,8
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	7,7	13,2	4,7	6,7	7,7	8,6	7,7	13,5	18,3	12,3	9,0	12,2
darunter: Waren	8,1	12,4	5,1	7,8	7,4	9,9	7,4	13,2	18,5	10,9	7,7	9,8
Einfuhr	7,8	12,4	7,4	7,6	7,7	8,4	7,6	10,8	17,5	9,5	12,0	13,4
darunter: Waren	7,8	14,3	6,1	6,5	7,9	8,9	8,0	13,8	20,0	9,7	13,6	10,2
Bruttosozialprodukt	5,2	6,5	3,6	5,4	4,9	5,2	5,0	7,2	7,2	5,9	6,0	7,1
Zu Preisen von 1980												
Privater Verbrauch	2,7	1,7	4,7	5,4	1,4	2,7	1,7	1,7	2,2	1,1	1,9	2,7
Öffentlicher Verbrauch	2,2	—0,8	1,7	1,9	2,3	2,3	2,4	0,4	—0,2	—0,8	—2,2	0,9
Anlageinvestitionen	5,9	7,2	2,5	14,5	4,8	2,9	4,1	9,8	7,3	4,6	7,7	10,3
Bauten	4,7	5,3	—0,2	21,5	3,4	0,3	0,1	12,3	4,4	1,7	4,7	5,8
Ausrüstungen	7,5	9,7	5,8	7,1	6,8	7,0	8,8	6,9	11,6	8,9	10,9	15,9
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	5,8	10,4	4,2	6,0	5,9	6,4	5,1	10,4	14,4	9,3	7,9	11,2
darunter: Waren	6,2	10,0	4,8	7,2	5,5	7,6	4,7	10,4	14,7	8,0	7,1	9,5
Einfuhr	6,3	7,3	7,3	6,5	6,5	6,5	5,6	5,6	10,0	5,4	8,4	12,8
darunter: Waren	6,5	8,4	6,7	5,8	7,0	7,1	6,1	7,6	11,1	5,5	9,5	11,0
Bruttosozialprodukt	3,7	4,0	2,4	4,5	3,6	3,6	3,1	4,4	4,7	3,2	3,6	4,0
Preisentwicklung (1980 = 100)												
Privater Verbrauch	1,2	3,1	0,9	0,8	1,3	1,4	1,4	3,2	3,3	3,0	3,0	2,8
Öffentlicher Verbrauch	1,4	2,4	2,4	2,2	0,4	1,6	1,5	2,9	1,7	2,5	2,9	3,1
Bauten	1,9	3,5	1,8	1,1	1,8	2,1	2,5	2,6	3,6	3,9	3,9	5,1
Ausrüstungen	0,9	2,3	0,1	0,5	0,5	1,1	1,1	2,2	2,8	2,4	1,9	1,6
Ausfuhr	1,8	2,5	0,5	0,7	1,7	2,1	2,5	2,8	3,4	2,8	1,1	0,9
Einfuhr	1,5	4,7	0,1	1,0	1,1	1,8	2,0	4,9	6,8	3,9	3,4	0,6
Nachr.: Terms of Trade	0,3	—2,2	0,4	—0,3	0,7	0,3	0,6	—2,1	—3,2	—1,1	—2,2	0,4
Bruttosozialprodukt	1,5	2,5	1,3	0,9	1,3	1,6	1,9	2,7	2,4	2,6	2,3	3,0
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	0,2	1,0	1,6	0,3	—0,2	0,1	0,7	1,4	0,0	1,5	1,0	1,5

1) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1980 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Saisonbereinigte Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1987			1988				1989				1990
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts Zu Preisen von 1980												
Arbeitsvolumen (Mill. Std.)	11207	11427	11527	11573	11396	11389	11471	11542	11657	11347	11438	11803
Beschäftigte (1000 Pers.)	24018	24059	24110	24174	24196	24254	24327	24492	24556	24641	24762	24998
Produktivität (DM)	36	36	36	36	37	37	37	38	38	39	39	38
Bruttoinlandsprodukt (Mrd. DM)	405	410	415	420	420	425	428	434	437	437	443	451
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen (Mrd. DM) ³⁾												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	1083	1091	1102	1110	1117	1129	1148	1161	1163	1180	1200	1221
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	870	877	886	891	898	908	923	935	936	950	966	984
Nettolohn- u. -gehaltsumme	580	584	588	597	601	607	615	619	617	628	640	668
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	470	487	497	511	515	529	541	566	580	570	590	629
Indirekte Steuern abz. Subventionen	198	200	210	204	207	210	215	227	229	237	238	238
Abschreibungen	248	250	253	256	259	262	266	271	275	279	282	286
Bruttosozialprodukt	1999	2027	2061	2080	2098	2132	2170	2225	2247	2265	2310	2374
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	1110	1119	1140	1144	1142	1163	1177	1198	1205	1215	1236	1261
Öffentlicher Verbrauch	397	399	401	405	408	413	421	417	414	420	421	432
Anlageinvestitionen	388	399	403	411	410	416	431	458	453	458	488	507
Bauten	219	226	230	234	230	230	236	264	248	251	264	285
Ausrüstungen	169	173	173	177	181	186	194	194	205	208	224	222
Vorratsveränderung	-6	1	-1	0	21	20	13	6	27	25	36	13
Außenbeitrag	112	109	116	116	117	117	128	147	143	147	131	155
Ausfuhr	632	640	659	663	669	692	713	759	784	781	795	836
darunter: Waren	502	506	526	528	530	552	567	605	623	616	624	653
Einfuhr	520	531	543	547	552	575	585	612	641	634	664	681
darunter: Waren	377	387	396	394	401	419	428	455	476	464	493	493
Bruttosozialprodukt	2001	2027	2059	2076	2099	2129	2169	2225	2242	2265	2313	2368
Zu Preisen von 1980, außerdem arbeitstäglich bereinigt (Mrd. DM) ³⁾												
Privater Verbrauch	923	930	942	947	940	954	959	962	961	966	975	987
Öffentlicher Verbrauch	327	328	330	333	334	336	338	334	334	333	330	337
Anlageinvestitionen	331	340	342	348	346	349	359	380	369	372	394	408
Bauten	188	195	197	200	195	194	198	221	202	203	213	228
Ausrüstungen	142	145	145	149	152	155	161	159	167	169	181	180
Vorratsveränderung	-3	2	2	3	21	18	12	1	21	21	29	8
Außenbeitrag	53	48	53	50	46	49	54	80	78	74	64	78
Ausfuhr	547	552	567	567	570	584	597	632	645	644	658	691
darunter: Waren	438	438	455	454	454	469	477	507	515	512	522	546
Einfuhr	494	503	514	517	523	535	543	552	567	569	593	612
darunter: Waren	377	385	394	393	401	411	419	429	439	438	462	469
Bruttosozialprodukt	1630	1649	1669	1681	1688	1706	1722	1757	1762	1767	1793	1818
Nachr.: kalendermonatlich	1628	1649	1671	1684	1688	1707	1723	1757	1767	1767	1791	1823
Preisentwicklung (1980 = 100)												
Privater Verbrauch	120	120	121	121	121	122	123	125	125	126	127	128
Öffentlicher Verbrauch	121	121	121	121	122	123	124	125	124	126	127	128
Bauten	116	116	117	117	118	119	120	120	122	123	124	126
Ausrüstungen	119	119	119	119	119	120	121	122	123	123	123	124
Ausfuhr	116	116	116	117	118	118	119	120	122	122	121	121
Einfuhr	105	106	106	106	106	107	108	111	113	112	112	111
Nachr.: Terms of Trade	110	110	110	111	111	110	111	108	108	109	108	109
Bruttosozialprodukt	123	123	123	124	124	125	126	127	127	128	129	131
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	117	116	116	116	116	116	117	117	116	118	118	119

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Ergebnisse wurden gerundet. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1980 = 100. — 3) Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

Entwicklung der saisonbereinigten Werte der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung¹⁾

	1987			1988				1989				1990
	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I
A. Entstehung des Bruttosozialprodukts												
Zu Preisen von 1980												
Arbeitsvolumen	-1,5	2,0	1,0	0,5	-1,5	0,0	0,5	0,5	1,0	-2,5	1,0	3,0
Beschäftigte	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0
Produktivität	2,0	-1,0	0,5	1,0	1,5	1,5	0,0	1,0	-0,5	3,0	0,5	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,0	1,5	1,0	0,0	1,0	1,0	1,5	0,5	0,0	1,5	1,5
B. Verteilung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen												
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	2,0	0,5	1,0	0,5	0,5	1,0	1,5	1,0	0,0	1,5	1,5	2,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	2,0	1,0	1,0	0,5	1,0	1,0	1,5	1,5	0,0	1,5	1,5	2,0
Nettolohn- u. -gehaltsumme	1,5	0,5	0,5	1,5	0,5	1,0	1,5	0,5	-0,5	2,0	2,0	4,5
Bruttoeink. a. Unternehmertät. u. Verm.	-3,0	3,5	2,0	3,0	1,0	2,5	2,5	4,5	2,5	-2,0	3,5	6,5
Indirekte Steuern abz. Subventionen	-0,5	1,0	5,0	-3,0	2,0	1,5	2,0	5,5	1,0	3,5	0,5	0,0
Abschreibungen	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,5	1,5	2,0	1,5	1,0	1,5	1,5
Bruttosozialprodukt	0,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,5	2,0	2,5	1,0	1,0	2,0	3,0
C. Verwendung des Bruttosozialprodukts												
Zu jeweiligen Preisen, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	2,5	1,0	2,0	0,5	0,0	2,0	1,0	2,0	0,5	1,0	1,5	2,0
Öffentlicher Verbrauch	2,0	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	2,0	-1,0	-0,5	1,5	0,5	2,5
Anlageinvestitionen	3,0	3,0	1,0	2,0	0,0	1,5	3,5	6,5	-1,0	1,5	6,5	4,0
Bauten	4,5	3,5	1,5	2,0	-2,0	0,0	2,5	12,0	-6,0	1,0	5,5	7,5
Ausrüstungen	1,0	2,0	0,0	2,5	2,0	3,0	4,5	-0,5	5,5	1,5	7,5	-0,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	1,0	1,0	3,0	0,5	1,0	3,5	3,0	6,5	3,5	-0,5	2,0	5,0
darunter: Waren	1,5	0,5	4,0	0,5	0,5	4,0	2,5	6,5	3,0	-1,0	1,5	4,5
Einfuhr	1,5	2,0	2,5	0,5	1,0	4,0	2,0	4,5	5,0	-1,0	4,5	2,5
darunter: Waren	1,0	2,5	2,5	-0,5	1,5	4,5	2,5	6,0	4,5	-2,5	6,0	0,0
Bruttosozialprodukt	0,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,5	2,0	2,5	0,5	1,0	2,0	2,5
Zu Preisen von 1980, außerdem arbeitstäglich bereinigt												
Privater Verbrauch	2,0	1,0	1,5	0,5	-0,5	1,5	0,5	0,5	0,0	0,5	1,0	1,0
Öffentlicher Verbrauch	0,0	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	0,5	-1,5	0,0	-0,5	-0,5	2,0
Anlageinvestitionen	3,0	3,0	0,5	2,0	-0,5	0,5	3,0	6,0	-3,0	1,0	5,5	3,5
Bauten	4,0	3,5	1,0	1,5	-2,5	-0,5	2,0	12,0	-8,5	0,5	4,5	7,5
Ausrüstungen	1,0	2,0	0,0	2,5	2,0	2,0	4,0	-1,0	4,5	1,5	7,0	-0,5
Vorratsveränderung	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	1,0	1,0	2,5	0,0	0,5	2,5	2,0	6,0	2,0	0,0	2,0	5,0
darunter: Waren	1,5	0,0	3,5	0,0	0,0	3,5	1,5	6,5	1,5	-0,5	2,0	4,5
Einfuhr	0,5	2,0	2,0	0,5	1,5	2,5	1,5	1,5	2,5	0,5	4,0	3,0
darunter: Waren	-0,5	2,0	2,5	0,0	2,0	2,5	2,0	2,5	2,5	0,0	5,5	1,5
Bruttosozialprodukt	0,5	1,0	1,0	0,5	0,5	1,0	1,0	2,0	0,5	0,5	1,5	1,5
Nachr.: kalendermonatlich	0,0	1,5	1,5	1,0	0,0	1,0	1,0	2,0	0,5	0,0	1,5	2,0
Preisentwicklung (1980 = 100)												
Privater Verbrauch	0,5	0,0	0,5	0,0	0,5	0,5	0,5	1,5	0,5	0,5	0,5	1,0
Öffentlicher Verbrauch	2,0	0,0	0,5	0,0	0,5	1,0	0,5	1,0	-0,5	1,5	1,0	1,0
Bauten	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	1,5	1,0	1,0	1,5
Ausrüstungen	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,5	0,5	1,0	0,5	0,0	0,0	0,5
Ausfuhr	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	1,0	0,5	0,5	1,0	0,0	-0,5	0,5
Einfuhr	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5	0,0	3,0	1,5	-1,0	0,5	-0,5
Nachr.: Terms of Trade	-1,5	0,0	0,0	0,5	0,5	-1,0	0,5	-2,5	-0,5	1,0	-1,0	1,0
Bruttosozialprodukt	0,0	0,0	0,5	0,0	0,5	0,5	1,0	1,0	0,5	0,5	0,5	1,5
Nachrichtlich: Lohnstückkosten ²⁾	1,5	-0,5	0,0	-0,5	0,5	0,0	0,5	0,0	-0,5	1,5	0,0	1,0

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Veränderung in vH gegenüber dem Vorquartal. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index: 1980 = 100.

Quellen: Die Ursprungswerte sind Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 3) und eigene Berechnungen des Arbeitsvolumens (unter Einbeziehung der IAB-Jahresergebnisse für die Beschäftigten), der Produktivität und der Lohnstückkosten. Beim jeweils neuesten Quartal handelt es sich in allen Fällen um erste vorläufige Berechnungen des DIW.

belief sich der reale *Außenbeitrag* im ersten Quartal auf 78 Mrd. DM. Steigende Ausfuhr- und sinkende Einfuhrpreise bewirkten, daß sich der nominale Außenbeitrag um 24 Mrd. DM auf 155 Mrd. DM erhöhte².

Arbeitsvolumen und Lohnstückkosten

Die lebhafte gesamtwirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich deutlich in der Zunahme der Beschäftigtenzahl wider. Im Berichtszeitraum wurden 240 000 Personen zusätzlich eingestellt, im Vorquartal waren es nur etwa halb so viel gewesen. Allein im produzierenden Gewerbe waren im ersten Jahresviertel 1990 100 000 Personen mehr beschäftigt als im Quartal zuvor. Auch das Baugewerbe erhöhte seinen Beschäftigtenstand kräftig, und zwar um etwa 70 000 Personen. Da gleichzeitig die im Berichtszeitraum zur Verfügung stehende Arbeitszeit kalenderbedingt deutlich stieg, nahm das insgesamt für die Produktion zur Verfügung stehende *Arbeitsvolumen* so stark zu, daß die Produktivität je geleistete Arbeitsstunde vorübergehend sank. Die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit expandierten stärker als das reale Bruttoinlandsprodukt, so daß die *Lohnstückkosten* stiegen. Das Vorjahresniveau übertrafen sie dabei allerdings immer noch nur um 1,5 vH. Deutlich beschleunigt und abermals viel rascher als die Bruttoarbeitseinkommen nahmen die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu. Hierzu haben auch die Terms of Trade-Gewinne beigetragen, die nicht voll in den Preisen weitergegeben worden sind.

Ausblick auf das zweite Quartal 1990

Die verfügbaren zukunftsweisenden Indikatoren — die Auftragseingänge bei der Industrie und im Bauhauptgewerbe — zeigen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik insgesamt aufwärts gerichtet bleibt.

Allerdings ist nicht auszuschließen, daß die Unternehmen zur Zeit Probleme mit der richtigen Zuordnung von Aufträgen aus der DDR als Inlands- bzw. Auslandsaufträge haben. Großaufträge aus dem Ausland, möglicherweise aber auch diese Unsicherheit begründeten den zuletzt besonders kräftigen Zuwachs der Auslandsorders; die Ordereingänge aus dem Inland nahmen dagegen ab.

Der private Verbrauch dürfte im zweiten Quartal saisonbereinigt abgeschwächt zunehmen, da die Zahl der Zuwanderer vermutlich niedriger sein wird als im Vorquartal und der Schub durch die Steuerentlastung wegfällt.

Die Bauinvestitionen werden unvermindert kräftig steigen. Allerdings wird die konjunkturelle Rate — als statistische Reaktion auf das besonders begünstigte erste Jahresviertel — negativ sein. Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe nahmen jedenfalls bis in die jüngste Zeit deutlich zu, sie liegen nun schon um ein Viertel über ihrem letzten Tiefstand vom Sommer 1989.

Gemessen an den Auftragseingängen aus dem Inland beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe werden die Ausrüstungsinvestitionen das im Winterhalbjahr erreichte hohe Niveau etwa halten. Inwieweit geplante Investitionen westlicher Firmen in der DDR schon zu Einschränkungen von Investitionen in der Bundesrepublik führen, ist zur Zeit nicht abzuschätzen.

Vom Außenbeitrag werden vermutlich im zweiten Quartal vorübergehend keine expansiven Impulse ausgehen. Sowohl Ausfuhr wie Einfuhr werden ihr im ersten Quartal erreichtes Niveau nahezu halten.

Alles in allem wird das reale saisonbereinigte Bruttosozialprodukt etwa ebenso hoch sein wie im ersten Jahresviertel, den Vorjahreswert wird es dabei nur um knapp 3 vH überschreiten, da — anders als im Vorquartal — vom Kalender weniger Arbeitszeit zur Verfügung steht.

² Alle Vierteljahresdaten auf Jahresbasis hochgerechnet.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf die Bundesrepublik Deutschland.

Bearbeitet von Reinhard Pohl, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. —

Konjunkturaufschwung ungebrochen. Bearbeitet von Karin Müller-Krumholz.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾				
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr	Einfuhr							
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe											
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾		
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	7107		105,4		104,6		106,2		120,4		104,3		38,4		34,0	
	F	7105	7106	104,7	105,2	102,8	103,3	106,2	106,5	113,2	107,2	106,7	107,2	38,0	38,7	35,1	35,4
	M	7106		105,6		102,4		107,2		108,0		110,5		39,8		37,1	
	A	7105		104,0		104,1		104,9		106,8		102,7		39,6		35,0	
	M	7111	7110	106,3	105,9	103,9	104,4	108,4	107,5	109,9	108,0	107,6	105,8	41,2	41,0	37,5	36,1
	J	7114		107,3		105,3		109,2		107,2		107,0		42,1		35,8	
	J	7108		104,6		106,5		105,2		102,8		104,0		41,7		37,5	
	A	7121	7115	108,9	107,5	106,0	106,7	111,3	109,3	110,7	107,5	109,0	107,5	42,3	41,5	37,6	37,3
	S	7115		108,9		107,5		111,4		108,9		109,6		40,6		36,8	
	O	7117		108,2		109,5		109,9		110,2		104,7		43,2		39,9	
1989	N	7129	7127	108,4	108,6	107,0	108,4	110,5	110,6	108,4	110,4	111,0	108,6	42,7	43,0	38,1	39,2
	D	7136		109,3		108,6		111,4		112,6		110,0		43,2		39,4	
	J	7155		111,1		108,5		114,8		134,7		108,8		46,0		39,7	
	F	7168	7167	110,2	111,0	108,4	109,1	113,1	114,1	132,2	133,2	108,7	109,3	45,1	45,2	39,4	39,0
	M	7177		111,7		110,5		114,4		132,7		110,4		44,4		37,9	
	A	7177		112,6		107,8		116,9		110,8		106,7		44,6		39,5	
	M	7190	7190	108,8	111,3	106,2	107,1	111,7	115,2	106,8	109,7	109,2	109,1	43,8	44,8	38,8	39,5
	J	7203		112,4		107,2		116,9		111,6		111,4		46,1		40,3	
	J	7221		113,4		109,0		118,7		109,7		105,9		43,7		39,4	
	A	7242	7230	112,0	112,9	108,1	108,9	115,4	117,2	113,8	110,8	111,6	109,1	45,0	44,6	39,7	39,7
1990	S	7227		113,3		109,7		117,5		109,0		109,7		44,9		39,9	
	O	7247		114,1		110,4		118,0		115,2		108,1		44,2		41,2	
	N	7266	7267	114,4	115,2	109,3	110,9	119,3	119,5	117,3	116,5	114,3	110,4	45,2	44,4	42,1	41,7
	D	7287		117,0		113,1		121,3		116,9		108,8		43,8		41,9	
	J	7340		116,0		109,9		122,4		133,7		114,5		49,1		43,4	
	F	7367		116,0	115,7	110,2	110,2	121,4	121,0	137,0	138,8	113,2	114,5	46,8	47,9	41,8	42,5
	M			115,2		110,5		119,3		145,7		115,8		47,8		42,1	
	A																
	M																
	J																
J																	
A																	
S																	
O																	
N																	
D																	

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen						Inland		Ausland		
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe		Investitions-gütergewerbe		Verbrauchs-gütergewerbe						
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	2246		175		105,6		107,4		104,0		107,7		106,4		104,4	
	F	2254	2258	174	176	104,3	104,8	106,0	107,0	102,4	102,9	107,6	107,7	104,6	104,9	103,8	104,8
	M	2273		178		104,6		107,5		102,2		107,8		103,7		106,1	
	A	2276		184		104,0		107,1		101,5		106,5		103,8		104,2	
	M	2271	2271	185	186	107,1	106,2	109,2	108,0	105,8	104,8	107,7	107,5	107,0	105,9	107,2	106,5
	J	2267		190		107,4		107,8		107,0		108,3		107,0		108,0	
	J	2256		194		107,8		105,1		109,6		106,5		108,5		106,6	
	A	2243	2243	193	195	108,8	108,8	108,6	107,7	108,3	109,5	110,5	108,6	107,5	108,6	111,0	109,3
	S	2230		199		109,9		109,4		110,6		108,9		109,8		110,2	
	O	2212		202		108,2		107,6		108,9		107,0		107,3		109,6	
	N	2187	2179	204	204	111,1	111,1	110,3	109,8	111,5	112,2	110,9	110,0	109,9	110,3	113,1	112,5
	D	2137		205		114,0		111,4		116,1		112,0		113,6		114,9	
1989	J	2062		211		112,0		110,3		112,6		112,8		112,8		110,7	
	F	2043	2039	217	216	114,2	114,8	111,3	111,7	115,7	116,6	114,5	114,5	113,6	114,9	115,3	114,8
	M	2011		221		118,3		113,4		121,6		116,2		118,2		118,5	
	A	2046		228		117,3		112,2		120,7		115,1		116,4		118,8	
	M	2065	2053	238	237	114,9	116,5	110,4	111,4	117,6	119,9	113,7	114,4	112,7	115,7	118,6	117,9
	J	2049		246		117,3		111,6		121,3		114,4		117,9		116,4	
	J	2031		250		115,9		111,3		118,8		113,7		114,9		117,3	
	A	2013	2016	261	264	114,1	115,9	109,5	110,5	116,1	118,8	115,2	115,0	112,9	114,8	116,0	117,5
	S	2003		281		117,6		110,8		121,6		116,1		116,6		119,1	
	O	2013		303		115,6		111,7		117,9		114,4		116,0		114,7	
	N	2042	2019	311	306	117,9	119,1	111,3	111,2	121,7	124,0	116,8	117,0	116,1	118,5	120,7	120,1
	D	2003		305		123,9		110,6		132,3		119,8		123,4		124,9	
1990	J	1929		304		118,5		112,4		122,3		117,0		119,6		116,8	
	F	1899	1894	304	305	118,7	119,7	111,4	112,3	121,8	123,8	121,5	119,2	118,3	118,2	119,6	122,3
	M	1853		307		121,8		113,2		127,2		119,1		116,6		130,4	
	A	1916		314													
	M J J A S O N D																

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — 2) Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.